

Petra Neuhold, Paul Scheibelhofer

---

## Provincialising Multiculturalism Postkoloniale Perspektiven auf Multikulturalismus, Diversität und Emanzipation

Die Idee der Nation als kulturell homogene Gemeinschaft ist in Europa aus der Mode gekommen. In praktisch allen politischen Fraktionen wird die Realität der Migration heute anerkannt<sup>1</sup> und nach neuen Lösungen für diese vermeintlich „neue“ Situation gesucht. Während sich diese Lösungsversuche je nach ideologischer Ausrichtung der Sprecher\_innen unterscheiden, finden sich hier auffällige – und, wie wir meinen, bedenkliche – Überlappungen. So wird allorts „der Multikulturalismus“ kritisiert, weil er zur Bildung von archaischen Enklaven bzw. „Parallelkulturen“ geführt haben soll und, weil ihm, wie von progressiveren Sprecher\_innen hinzugefügt, Kulturalismus und Rassismus gleichsam eingelagert sind. Andererseits wird, unter gebetsmühlenartig wiederholtem Verweis auf das „kanadische Modell“, die Notwendigkeit der „Gestaltung“ von Migration betont. In diesem Zusammenhang erscheinen Zugänge des *Diversitätsmanagements* als zeitgemäße Strategien im Umgang mit kultureller Vielfalt und gewinnen auch im deutschsprachigen Raum an Bedeutung – sei es auf Ebene von Bundespolitik, Stadtverwaltung oder des betrieblichen Personalmanagements. Die Tatsache, dass sich selbst kritische Wissenschaftler\_innen zunehmend positiv auf solche Zugänge beziehen, erscheint uns aus anti-rassistischer Perspektive problematisch.<sup>2</sup>

Im Folgenden wollen wir aus postkolonialer Perspektive eine grundsätzliche antirassistische Kritik an dominanten Formen der Regulierung von Migration und Diversität formulieren, um schließlich auf Widerstandspotentiale im Kampf dagegen – um mit Foucault (1992) zu sprechen – *dermaßen multikulturell regiert zu werden* zu verweisen. Zu dieser Perspektive gelangen wir über

- 
- 1 Womit wir freilich nicht konstatieren wollen, dass sich europäische Staaten durchwegs als „Einwanderungsländer“ verstehen und noch viel weniger, dass sich breite Fronten gegen den rassistischen Normalzustand formieren.
  - 2 So propagierte etwa Mark Terkessidis zuletzt in Vorträgen und Kommentaren das Diversity-Konzept als antirassistische Strategie, vgl. [http://www.diversity-boell.de/web/integration/47\\_769.asp](http://www.diversity-boell.de/web/integration/47_769.asp)

die Analyse der Zusammenhänge zwischen Rationalitäten des europäischen Kolonialismus und des aktuellen Umgangs mit Migration und Differenz in Wissenschaft und Politik.

## 1. Sozialwissenschaft in der Moderne: Kolonialismus und seine Kontinuität

Die eingangs erwähnte Anerkennung der Präsenz von Migrant\_innen in westlichen Staaten stellt Intellektuelle wie politische Eliten vor die Frage, wie Gesellschaften, die nunmehr als *multikulturell* wahrgenommen werden, nationalstaatlich regiert werden können. Die sozialwissenschaftliche Migrations- und Integrationsforschung erlebt im Zuge dessen einen Bedeutungsaufschwung und verspricht Antworten. Wie im Rahmen dieses Aufsatzes gezeigt werden soll, schöpfen die dominanten gesellschaftspolitischen Fragestellungen, Theorien und Lösungsvorschläge dabei aus Wissensarchiven, deren gewaltförmige Entstehungszusammenhänge in kolonialen Regierungstechniken und Thematisierung des „Anderen“ liegen.<sup>3</sup> Um Kontinuitäten solch kolonialen Herrschaftswissens nachzuspüren, soll im Folgenden ein kurzer Blick zurück auf die Anfänge der Entwicklung der Sozialwissenschaften geworfen werden. Dabei zeigt sich, dass diese untrennbar mit der Moderne und dem Kolonialismus verknüpft sind.

Mit den Erfolgen der Naturwissenschaften im 17. Jh. setzte sich ein Wissenschaftsverständnis durch, dessen Basis das Messen, Sammeln und Ordnen von empirischen Daten darstellt. Um Anerkennung bemüht, übernahmen die Sozialwissenschaften dieses Selbstverständnis und propagierten den Glauben, universelle Standards und Klassifikationssysteme auch auf Menschen und (nationale) Gesellschaften übertragen zu können (vgl. Habermann 2008: 201). Diese Ordnungsvision war stets eng mit einem teleologischen Geschichtsverständnis verzahnt, das Geschichte als lineare Abfolge fortschreitender Stadien gesellschaftlicher Entwicklung begreift. Westliche Diskurse analysierend, durch die kolonialen Projekte legitimiert und rationalisiert wurden, entwickelte Anne McClintock (1995: 40) das Konzept des „anachronistic space“, um auf Überschneidungen von Raum-Zeitvorstellungen hinzuweisen. So wurde imperialistische, koloniale Eroberung und die damit einhergehende gewaltförmige Durchsetzung rassifizierter Ausbeutungsverhältnisse nicht nur als „Entdeckung“ von vorher unbekanntem Raum vorgestellt, sondern auch als Zeitreise in die menscheitsgeschichtliche (und damit auch *eigene* Vergangenheit), wo Wild-

---

3 Eine Anmerkung vorweg: Analysieren wir im Weiteren die Genese und Aktualität dominanter Fremdkonstruktionen, tun wir das im Übrigen nicht, um lediglich *verzerrte Repräsentationen* anzuprangern, sondern aufgrund der Überzeugung, dass diese Konstruktionen – in ihrem historischen wie aktuellen Artikulationen – als eng verzahnt mit der Durchsetzung und Reproduktion von Ausbeutungsverhältnissen erkannt werden müssen.

heit, Kulturlosigkeit und Aberglaube regieren würden. In Abgrenzung gegenüber einem fetischisierten kolonialen „Anderen“, konnte sich ein industrialisiertes, vermeintlich rationales Europa nicht nur als Höhepunkt der menschlichen Zivilisation imaginieren, sondern auch als geographisches Zentrum der Welt (vgl. Bhabra 2007).

Globale Migrationsbewegungen haben sich heute umgekehrt und weisen in Richtung der „Metropolen“, wo sich westliche Nationalstaaten nunmehr die Frage der politischen Regierbarkeit und der Verwaltung (dem *Management*) der Migrant\_innen stellen (Balibar 1992, Steyerl 2003). Das Aufkommen der „multikulturellen Frage“ in den 1970er Jahren, kann demnach nicht losgelöst von den postkolonialen globalen Machtverhältnissen verstanden werden (vgl. Hall 2004). Im Folgenden wollen wir darum einen genaueren Blick auf die dominanten Argumentationslinien der liberalen Multikulturalismusbewegungen werfen.

## 2. Zur postkolonialen Kritik liberaler Multikulturalismustheorien

Die Auseinandersetzungen innerhalb der liberalen Theorie der letzten Jahrzehnte machen deutlich, dass die Dekolonialisierungsprozesse, die politischen Forderungen von Minderheiten im globalen Norden und ökonomische Krisen das Modell der liberalen Demokratie wesentlich in Frage gestellt haben. Die sich global verändernden Lebensrealitäten erforderten eine Adaption der liberalen Theorie, um neue Regierungs- und Regulationsweisen entwickeln zu können. In den 80er Jahren leisteten die beiden Kanadier Charles Taylor und Will Kymlicka in Bezug auf die Entwicklung multikultureller Strategien einen avantgardistischen Vorstoß. Sie sind die Pioniere einer philosophietheoretischen Begründung kultureller Anerkennung in Form von Gruppenrechten bei gleichzeitiger Beibehaltung liberaler Grundrechte. Den Ausgangspunkt ihrer Multikulturalismustheorien bilden dabei nicht die Lebenswelten der Migrant\_innen oder dezidiert anti-rassistische Bewegungen, sondern die Frage nach der Aufrechterhaltung des liberaldemokratischen Nationalstaates.

Ihre Überlegungen und Konzepte beruhen auf der Auffassung, globale Migrationsbewegungen führen zu einer zunehmenden kulturellen Pluralisierung und damit einhergehenden „Kulturkonflikten“ innerhalb „westlicher“ Demokratien, die neue politische Lösungsstrategien erfordern. Kulturen werden von beiden Theoretikern als primordiale, homogene Gebilde gesehen, die eine essentielle Bedingung für die persönliche Entwicklung und die Entfaltungsmöglichkeiten individueller Identität bilden. Daraus leiten sie dann die Schutzwürdigkeit kultureller Minderheiten und die Notwendigkeit einer Adaption bzw. Reinterpretation des klassischen, atomistischen Liberalismus ab (vgl. Taylor 1993, 1995, Kymlicka 1989, 1995). Neben diesen zentralen Überschneidungen der Theoreme, bestehen jedoch auch wichtige Differenzen in ihrem Denken.

Taylor interpretiert den Liberalismus als eine „kämpferische Weltdeutung“ die mit „anderen“ kulturellen Werten – wie etwa den „Hauptströmungen des Islam“ – unvereinbar ist. Forderungen nach einer generellen rechtlichen Anerkennung *aller* Kulturen, weist er deshalb vehement zurück (vgl. Taylor 1993: 57). Die Ermittlung des „wahren“ Wertes einer „anderen“ Kultur – etwa durch vergleichende Kulturstudien – bildet seiner Meinung nach die Voraussetzung, um über das Zugestehen kultureller Rechte entscheiden zu können. Im besten Fall könne diese Beschäftigung in einer Relativierung der „eigenen“ Wertmaßstäbe und Verschmelzung der Kulturen münden. In diesem Sinne argumentiert Taylor auch gegen die voreilige Einführung multikultureller Studienpläne an US-amerikanischen Universitäten, die eine maßgebliche Änderung des klassischen „weißen“ Lehrkanons vorsah. Gleichzeitig engagiert er sich im Fall Quebecs bedingungslos für eine substantielle Anerkennung frankokanadischer Minderheitenrechte (vgl. Taylor 1993: 68). Das eigentliche Ziel von Taylors’ *Politik der Anerkennung* kann dann auch darin erkannt werden, ein theoretisch fundiertes Argument für die Begründung einer rechtlichen Sonderstellung Quebecs zu entwickeln. Die sich aus seiner Theorie notwendigerweise ableitenden rechtlichen Zugeständnisse an *andere* Minderheiten, verhindert er hingegen mit einer essentialistischen Unterscheidung zwischen jenen Kulturen, die „zivilisiert“ sind und solchen, die „multikulturell“ sind und darum erst nach eingehender Überprüfung für die Zuerkennung von Sonderrechten in Frage kämen. Taylor nimmt teilweise explizit den partikularen Standpunkt der „anglo-europäischen“ Kultur ein, wobei er gleichzeitig die damit verbundene machtvolle Position, über die (Nicht-)Anerkennung der „Anderen“ zu entscheiden, verschleiert. Seine philosophietheoretische, hegelianische Beteuerung der wechselseitigen Anerkennung reduziert sich damit auf einen eurozentrischen Dialog zwischen Ungleichen. Nicht zuletzt durch die Ausblendung dieses Machtverhältnisses gerät Taylors *Politik der Anerkennung* zu einer durch christlich-bürgerlichen Humanismus gespeisten Politik, die politische Forderungen nach Gerechtigkeit und Anti-Rassismus substituiert (vgl. Bannerji 2000, Day 2002).

Anders als Taylor, der sich in seinem Schreiben für einen kulturalistischen Kommunitarismus einsetzt, widmet sich Kymlicka der Ausarbeitung einer differenzierten politischen Theorie des liberalen Multikulturalismus. Ausgehend von der Annahme, dass Staaten kulturell nicht neutral sein können, strebt er die Vereinbarung individueller mit kollektiven Rechten an. Am Beispiel Kanadas versucht er die daraus sich ergebenden Konfliktstellungen erstens durch die Differenzierung von legitimen und illegitimen Gruppenrechten zu lösen. Hierfür kontrastiert er zwei Arten von kollektiven Rechten: den „externen Schutz“ und die „interne Restriktion“. Unter dem „externen Schutz“ versteht Kymlicka den zu verteidigenden Schutz einer Ungleichbehandlung kultureller Minderheiten gegenüber der Mehrheitskultur. Die „interne Restriktion“ bezieht sich auf die Kontrolle, die eine Minderheitenkultur auf ihre Mitglieder

ausübt, um etwa über bestimmte Traditionen zu wachen. Gruppenrechte, die solch interne Restriktionen beförderten, lehnt er ab, da diese mit dem Prinzip der liberalen Autonomie unvereinbar seien (vgl. Kymlicka 1995: 35).

Als zweite Lösungsstrategie für multikulturelle Fragen der liberalen Theorie nimmt er eine Kategorisierung in verschiedene Minderheitengruppen vor, denen er ungleiche Rechtsansprüche zuweist. Die rechtlich größeren Zugeständnisse, die er der frankokanadischen Minderheit zuspricht, legitimiert er mit dem höheren Grad ihrer Selbstverwaltung und Institutionalisierung, freilich ohne deren Entstehung in einen historischen und machtpolitischen Zusammenhang zu stellen (vgl. Kymlicka 1995 26ff.).<sup>4</sup>

Kymlicka blendet dabei die mit der kolonialen Vergangenheit verflochtenen Herrschaftszusammenhänge aus, die dazu führten, dass die kanadische Regierung bis Ende der 1960er Jahre eine offen rassistische Politik verfolgte und damit auf eine lange Vorgeschichte aufbaute. So beruhte die Gründung Kanadas auf der Kolonialisierung und Rassifizierung der indigenen Bevölkerung, die mit deren Ermordung, Enteignung, Vertreibung und Ausbeutung einherging. Bis heute dominiert jedoch der Mythos der britischen und französischen Gründungsnationen, um den Rechtsanspruch auf das Land Kanada rechtfertigen zu können (vgl. Day 2002: 129). Sowohl Kymlicka wie Taylor stützen ihr Theoriegebäude auf diesen nationalen Mythos, der ihnen die Machtposition verleiht, über die Zuerkennung von Rechten zu entscheiden.

Migrant\_innengruppen werden in ihren Theorien zu „anachronistic spaces“ innerhalb Kanadas. Aufgrund ihres „Zuspätkommens“ und ihrer vermeintlich rückständigen Kultur, als deren unweigerliche Träger\_innen sie erscheinen, tragen sie nichts mehr zur Entwicklung Kanadas bei, so die implizite Erzählung. Vielmehr müssen Migrant\_innengruppen demnach liberalisiert werden, um sie in die bestehenden Verhältnisse einpassen zu können. Hier verbinden sich verfestigte koloniale Bilder mit einer bekannten missionarischen Rechtfertigungsstrategie des Liberalismus.

Sowohl Taylors *Politik der Anerkennung* (1993) als auch Kymlickas *Multicultural Citizenship* (1995) finden bis heute breite internationale Anerkennung. Ihre Arbeiten waren Auslöser einer regen Kontroverse innerhalb der liberalen Theorie. Einer der Hauptkritikpunkte richtete sich dabei gegen das essentialistische Kulturverständnis, auf dessen Basis Taylor und Kymlicka über Zuerkennung von Gruppenrechten nachdenken (z.B. Benhabib 2002). Die elaboriertesten Versuche der kritischen Weiterentwicklung liberaler Multikulturalismustheorie werden heute von feministischen Theoretikerinnen wie Anne Phillips vorgelegt.

---

4 Immigrant\_innengruppen in Kanada war es vor und während des I. Weltkrieges größtenteils verboten Schulen oder Zeitungen zu gründen. Institutionelle Strukturen zu entwickeln, war demzufolge für bestimmte Migrant\_innen gar nicht möglich (vgl. Rao 1999: 6).

Die liberale Multikulturalismustheorie von Phillips steht dabei für eine differenzierte Verknüpfung anti-essentialistischer, feministischer Positionen mit postkolonialen Elementen und einem Fokus auf individuelle Rechtsansprüche. Sie unternimmt den Versuch die verhärteten Fronten zwischen Multikulturalist\_innen und liberalen Feministinnen aufzuweichen,<sup>5</sup> in dem sie für einen „Multikulturalismus ohne Kulturen“ plädiert und gegen die Verankerung kultureller Gruppenrechte eintritt. Den wesentlichen Kern ihres Lösungsansatzes, um einer essentialistischen Kulturalisierung vorzubeugen, bildet der Vorschlag, die Handlungsfähigkeit der Individuen in Verbindung mit einer Analyse der spezifischen kulturellen Aushandlungsfelder und -strategien in den Blick zu nehmen (Phillips: 2007, 2008). Eine solche differenzierte Darstellung kann etwa als politische Argumentation im Rahmen von Kopftuch-Debatten relevant sein. Letztlich beruht ihr Vorschlag jedoch auf dem Sammeln von möglichst vielen Informationen über die Herstellungs- und Aushandlungsprozesse „des Anderen“, um auf Grundlage des sich daraus ergebenden komplexen Bildes konkrete Lösungen im Umgang mit umstrittenen Praktiken innerhalb westlicher Demokratien zu finden. Obwohl sie also etwa die restriktiven westlichen Einwanderungsgesetzgebungen mitunter als mitverantwortlich für patriarchale Abhängigkeitsverhältnisse von Migrantinnen identifiziert und problematisiert, übt sie keine fundamentale Kritik an Migrationsregulierungen. Ähnlich wie Kymlicka und Taylor presst sie die „multikulturelle Frage“ in einen nationalstaatlichen Rahmen und theoretisiert diese als von ökonomischen Entwicklungen losgelöstes „Problem“ des globalen Nordens. So stimmt sie nicht nur in den Kanon der Fortschrittserzählung ein, in der die liberaldemokratische Gesellschaft mit ihren Grenzregimen als Endpunkt der Geschichte naturalisiert wird, sondern verschleiert auch das Ausbeutungs- und Bedingungsverhältnis zwischen dem globalen Norden und dem Süden. Es ist daher kein Zufall, dass sich ihre postkolonialen Theoriebezüge fast ausschließlich auf die Kritik der selektiven westlichen Repräsentationssysteme beschränken. Eine grundsätzlichere postkoloniale Kritik würde dann wohl auch Phillips' liberales Theoriegebäude zum Einsturz bringen.<sup>6</sup>

So wie Taylor und Kymlicka kann auch Phillips die konkreten soziohistorischen, ökonomischen und politischen Entstehungsbedingungen des liberalen Multikulturalismus nicht in den Blick nehmen. Um auf das Beispiel Kanadas zurück zu kommen: Die Institutionalisierung des kanadischen Multi-

---

5 Als prominenteste feministische Kritikerin kann wohl Susan Moller Okin gelten, die in ihrem vielzitierten Aufsatz *Is Multiculturalism Bad for Women* (1999) argumentierte, dass der Multikulturalismus durch die Verleihung von Rechten an patriarchale Migrant\_innengruppen als frauenfeindlich angesehen werden muss.

6 Eine derartig selektive und unradikale Lesart postkolonialer feministischer Kritik ist für die Überlegungen liberaler „multikultureller Feministinnen“ durchaus üblich, vgl. etwa Shachar 2007.

kulturalismus erfolgte keineswegs aufgrund anti-rassistischer Neigungen der Regierung, sondern als Antwort auf soziale Kämpfe und ökonomische Krisenerscheinungen. Die frankokanadische Autonomiebewegung, die Aufstände der indigenen Bevölkerung, anti-rassistische und soziopolitische Forderungen von Migrant\_innen sowie die wirtschaftliche Krise der 70er Jahre, drohten Kanada zu spalten (vgl. Abu-Laban, Gabriel 2002: 105). Mit der Etablierung des Multikulturalismus wurde die Vorstellung, dass kulturelle Differenzen das Problem gesellschaftlicher Spannungen sind, staatlich institutionalisiert. So wurde der Blick auf strukturellen Rassismus und die Zunahme sozialer Ungleichheiten infolge neoliberaler Restrukturierungsmaßnahmen verstellt und der nationale Zusammenhalt Kanadas gewährleistet. Wie Taylor und Kymlicka vermag daher auch Phillips diese spezifische ideologische und politische Rolle, die der Multikulturalismus als Instrument der Befriedung von anti-rassistischen und sozialen Widerständen, spielen kann, nicht zu erfassen. Auch Phillips versucht schlussendlich mit ihrer Theorie einen „Multikulturalismus von oben“ zu konzipieren, der nicht über die liberale Konzeption von Recht und Gesellschaft und die damit verbundenen kolonialen Wurzeln hinausreicht. Das Unsichtbarmachen des (neo)kolonialen Engagements Europas bildet dabei eine wesentliche Voraussetzung, um die Machtposition und Verantwortlichkeit des „Westens“ zu negieren und einen „Multikulturalismus ohne Kulturen“ als Ausdruck der humanistischen Identität Europas zu (re)inszenieren.

### 3. Von Multikulturalismus zu Diversitätsmanagement und Integrationsimperativ

Während Multikulturalismus in Deutschland nie eine staatstragende Politik darstellte, wurden auch hier seit den 1980er Jahren Multikulturalismusdebatten geführt, die zuletzt zunehmend kritischen Charakter annahmen. Dabei herrschte die Meinung vor, dass „der Multikulturalismus“ weitgehend in „die Krise“ geraten sei. Zugänge des *Diversitätsmanagements*, die in diesem Zusammenhang als zeitgemäße Reformulierungen multikultureller Politiken erscheinen, gewinnen dabei an Bedeutung. Wie wir im Folgenden zeigen möchten, bietet eine postkoloniale Lesart einen Ausgangspunkt für die Kritik an dominanten kulturalistischen Fremdkonstruktionen und Regierungsweisen, wie sie nicht nur in dezidiert als „Multikulturalismus“ titulierten Programmen, sondern auch den neuen Strategien des Managements von Diversität eingelagert sind. Während diese Kritik wichtig ist, erscheint es uns relevant zu betonen, dass der Fehler des „methodologischen Nationalismus“ nicht dahingehend wiederholt werden darf, die „repressive Toleranz des Multikulturalismus“ (Žižek 2001: 69) als losgelöst von der *repressiven Selektion* an den Nationalstaats- und EU-Außengrenzen zu betrachten. So führt die Zuweisung (bzw. Vorenthaltung) unterschiedlicher Aufenthalts- und Beschäftigungstitel zu einem diffe-

renzierten System der Entrechtung und der politischen Prekarisierung der Migrant\_innen. Koloniales und rassistisches Wissen ist nicht nur in den ungleich verteilten Zugangsmöglichkeiten zu Rechtstiteln für Menschen aus unterschiedlichen Teilen der Welt eingelassen, sondern auch in den Methoden der zunehmend automatisierten Personenidentifikation an den Grenzen (vgl. Knaut 2009: 22). Die hochtechnisierte biometrische Vermessung von Menschen setzt dabei die lange Geschichte der wissenschaftlich sanktionierten, biopolitischen Identifikation und Klassifikation rassialisierter Körper fort (vgl. Steyerl 2003).

Auch wenn es trotz Ausweitung von Kontrolltechniken und Militarisierung<sup>7</sup> der Grenzen nicht gelingt Migrationsbewegungen restlos zu steuern oder zu unterbinden,<sup>8</sup> bilden diese Praktiken der differenzierten Entrechtung der Migrant\_innen die materielle und ideologische Basis für – wiederum differenzierte und differenzierende – Diversitätspolitiken, wie sie im Folgenden mit Blick auf die Bundesrepublik näher behandelt werden sollen.

An die Stelle der platten Rede über „die Ausländer“ tritt dabei ein abwägender Diskurs über bedürftige und bedrohliche, tüchtige und betrügerische, erfolgreiche und unterstützenswerte Migrant\_innen. Während weiterhin *alle* Migrant\_innen, die in den Fokus dieses Diversitätsdiskurses geraten,<sup>9</sup> als Träger\_innen von Differenz erscheinen,<sup>10</sup> fächert sich die Bewertung dieser Differenz auf.

Vertreter\_innen unterschiedlichster Gruppierungen und Interessen müssen heute öffentlich – und mit durchaus selbstkritischem Gestus – „eingestehen“ Migrationsrealitäten zu lange missachtet zu haben und setzen sich nun für eine umso „entschlosseneren Gestaltung“ derselben ein (vgl. Amir-Moazami 2009). Auffallend dabei ist eine spezifische – und durchaus widersprüchliche – Bezugnahme auf multikulturelle Politiken, wie sie von den Sprecher\_innen etwa in Kanada eingeschätzt werden. Das „Modell Kanada“ wird dabei einerseits als Vorbild für „vernünftiges“ Migrationsmanagement benannt, das es dem Staat ermöglichte hochqualifizierte und für die Volkswirtschaft gewinnbringende Migrant\_innen anzuziehen.<sup>11</sup> Kritisch wird hingegen auf das vermeintliche *Scheitern* multikulturalistischer Ideale und Politiken hingewiesen, da diese nicht zum gewünschten friedlichen Zusammenleben der Kulturen geführt hätten, sondern viel eher zu gesellschaftlicher Desintegration und kulturellen

7 Etwa mit dem Ausbau der Tätigkeiten und Befugnisse der EU-Grenzschutzagentur FRONTEX (vgl. Informationsstelle Militarisierung 2009).

8 Eine Tatsache, die das populäre Bild der „Festung Europas“ verschleiert (vgl. Bojadžijev/ Karakayali 2007: 204).

9 Und freilich geraten nicht *alle* Menschen, die nichtdeutsche Eltern haben, keinen EU-Pass besitzen, oder deren Muttersprache nicht Deutsch ist, in den Fokus dieses Diskurses.

10 Ist es ja, laut Ideologie des Diversitätsdiskurses, erst die Präsenz der Migrant\_innen, die „Diversität“ in die Gesellschaft bringt.

11 Ha (2003) verweist nicht nur auf die kolonialen Bezüge, die sich im aktuellen Reden über den „Kampf um die besten Köpfe“ manifestiert, sondern auch auf die ökonomische Nutzenlogik dieses „positiven“ Bezugs auf Migration.

Spannungen (vgl. etwa Joppke 2004). *Diese Form* der Multikulturalismuskritik muss als verkürzt und problematisch angesehen werden, unterschlägt sie doch den Herrschaftscharakter staatlicher Multikulturalismen. Im deutschsprachigen Raum hat die populäre Multikulturalismuskritik jedenfalls ihre Wirkung gezeigt und so wird jenseits des Multikulturalismus nach Konzepten des *Diversitymanagement* gesucht, die die Präsenz von Migrant\_innen zwar anerkennen, dabei aber nationale Kohäsion sicherstellen sollen. Diese Suche führte zu einem Diskurs, der zwischen Anerkennung von Differenz und disziplinierendem „Integrationsimperativ“ (Bojadžijev 2008: 228) oszilliert.

So können ökonomisch oder anderswie erfolgreiche Migrant\_innen als wichtige Bereicherung der sich liberal gebenden Stadt propagiert werden, während breite Bevölkerungsschichten „mit Migrationshintergrund“ aufgrund attestierter kulturell-religiöser Andersartigkeit und mangelnder Integration unter den Verdacht geraten, eine Gefahr für nationalen Wohlstand und Frieden darzustellen (vgl. Lanz 2007).

Der Chiffre „Integration“ kommt in diesem Kontext ein zentraler Stellenwert zu. Sie dient nicht nur zur Legitimierung unterschiedlichster Maßnahmen, die Migrant\_innen „fordern und fördern“ sollen, sondern stellt auch eine wissenschaftliche Heuristik der Evaluierung dar. Unterschiedlichen Migrant\_innengruppen wird dabei, mithilfe sozialwissenschaftlichem Analyseinstrumentariums, Integrationsfähigkeit und -willigkeit zu- oder abgesprochen. Während sozioökonomische Indikatoren dabei meist nur am Rande angesprochen werden,<sup>12</sup> liegt der Hauptfokus dominanter Integrationsforschung und -politiken heute auf Fragen *kultureller* Differenz. Diese Praxis des Evaluierens von Migrant\_innen greift dabei auf die eingangs beschriebene Tradition wissenschaftlicher Messung, Beschreibung und Kartographisierung „Fremder Kulturen und Völker“ und den darin eingeschriebenen bzw. legitimierten Prozessen manifester und epistemischer Gewalt (Spivak 2008 [1988]) zurück. Weit davon entfernt, „unschuldige“ Darstellungen der Welt zu sein, bringen diese Beschreibungen erst die „Objekte“ von denen sie sprechen, sowie die Position des beschreibenden Subjekts hervor und setzen sie in ein Machtverhältnis. Auf die Komplexität dieses Prozesses verweist etwa Sara Ahmed, wenn sie in ihrem Buch *Strange Encounters* die scheinbar simple Frage stellt: „How do you recognise a stranger?“ (2000: 21). Denn es ist der Prozess des „Erkennens“ der Fremden und das, in diesem Prozess eingelagerte Wissen um Fremdheit und Eigenheit, das bestimmte Personen(-gruppen) als „fremd“ konstituiert und als solche fetischisiert. Die Tatsache, dass sich in diesem Verhältnis auch spezifische „eigene“ („nicht-fremde“) Sprecher\_innenpositionen konstituieren, zeigt sich in aktuellen Dis-

---

12 Ein Umstand, der freilich noch keine materialistische Analyse darstellt. So werden prekäre soziale Verhältnisse meist als Faktor der *Verschärfung kultureller Spannungen* ausgewiesen und fügen sich damit in kulturalistische Argumentationslogiken ein.

kursen über die (Grenzen der) „Tolerierbarkeit“ kultureller Differenzen (vgl. Brown 2006). Im objektivierten und objektivierenden Sprechen über kulturelle Eigenheiten und Integrationsdefizite der Migrant\_innen positionieren sich evaluierende Sprecher\_innen als unbeeinträchtigt von etwaigen „kulturellen Einflüssen“, die ihren Blick „verzerrten“ könnten.

Während die Diskursstrategie von dominanten liberalen Sprecher\_innen, sich und ihre Ideologie als gleichsam „emanzipiert von Kultur“ zu positionieren, kritisch hinterfragt werden muss, müssen etwaige antirassistische Gegenstrategien ebenfalls als überaus problematisch angesehen werden, wenn auch diese einen Gestus der *Kulturlosigkeit* übernehmen, um ihre progressiven Anliegen zu legitimieren.

Aktuelle Integrationsdiskurse sind dabei vor allem eines: Gefahrendiskurse. Evaluationen fremder Kulturen finden vor dem Hintergrund der Annahme statt, dass von ihnen potentiell Gefahr für die Bevölkerung, aber auch für die Mitglieder der Migrant\_innencommunities, ausgehe. In diesem Zusammenhang ist „die türkisch-muslimische Kultur“ in Deutschland zuletzt ins Kreuzfeuer der Aufmerksamkeit geraten. Aufbauend auf neokolonialen Bildern rückständiger Kulturen und Traditionen, werden dann disziplinierende und pädagogisierende Integrationsprogramme entwickelt (Ha/Schmitz 2006). Diese greifen nicht zuletzt emanzipative Praktiken der Migrant\_innen auf, kooptieren diese und nutzen sie, um migrantische Forderungen abzuwehren (vgl. Bojadžijev 2008). So organisierten Migrant\_innen in Deutschland seit Jahrzehnten eigenständig und von der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt Diskurse. Diese Situation hat sich verändert, „Deutschkenntnisse“ werden mittlerweile als Voraussetzung für „Integration“ und für Ansprüche auf Rechte gehandelt (vgl. zur Nieden 2009). Ähnliches passiert auch in Bezug auf feministische Kämpfe der Migrantinnen. Globale Diskurse aufgreifend (vgl. Razack 2004), wurde in Deutschland etwa das Bild des „türkisch-muslimischen Mannes“ als gesteuert von archaischen patriarchalen Normen etabliert (vgl. Scheibelhofer 2008), das dann zur Legitimation rassistischer Maßnahmen dient, wie im Falle des Baden-Württembergischen Einbürgerungsverfahrens, in dem muslimische Migranten gezielt auf ihre Toleranz gegenüber Homosexualität,<sup>13</sup> Frauengleichstellung, etc. abgetestet werden (vgl. Erdem 2009).

#### 4. Kritik und Praktiken des „Multikulturalismus von Unten“

In Anlehnung an Dipesh Chakrabartys (2002) Losung „Provincializing Europe“, propagieren Julia Reuter und Paula-Irene Villa in ihrem kürzlich erschienenen Sammelband *Postkoloniale Soziologie* die Strategie der „Provinzialisie-

---

13 Zur problematischen Rolle, die Diskurse um „homophobe fremde Kulturen“ und manche deutsche Homosexuelleninitiativen in der Konstruktion der Bilder patriarchaler türkisch-muslimischer Männlichkeit spielen, vgl. Petzen 2004.

„rung“ als „ein Programm, das in die soziologische Geschichte der Moderne, aber auch in die moderne Geschichte der Soziologie die Ambivalenzen, die Widersprüche, die Gewaltanwendung, Tragödien und Ironien einzuschreiben vermag, die sie begleiten – und die eben nicht als Anachronismen, Rückfälle oder Marginalia verschleiert, sondern als konstitutiver Bestandteil europäischer Moderne verstanden werden.“ (Reuter/Villa 2010: 12)

In diesem Sinne treten wir für eine *Provinzialisierung des Multikulturalismus* ein, der aktuelle Migrations- und Integrationstheorien und -diskurse in ihren gewaltvollen historischen und globalen Verstrickungen erkennt. Die vorangegangenen Ausführungen haben gezeigt, dass diese Theorien und Diskurse auf kolonialen Konstruktionen von *Tradition*, *Ethnizität*, *Kultur* und vermeintlicher *Kulturkonflikten* beruhen, die Migrant\_innen biopolitisch regierbar machen und so Voraussetzung und Folge der bestehenden politischen, kulturellen und ökonomischen Dominanz des „Westens“ darstellen.

Eine kritische Sozialwissenschaft, die diese Konstruktionen und damit verbundenen Macht- und Herrschaftsverhältnisse radikal in Frage stellen will, muss sich der kolonialen Verstrickungen historischer und aktueller Wissensproduktionen über „das Fremde“ gewahr werden. So eine (Selbst-)Kritik gängiger wissenschaftlicher Praktiken der Messung, Evaluierung und (Wieder)Erkennung von Fremdheit führt zur Notwendigkeit, alternative Fragestellungen zu entwickeln: Statt das vermeintliche *Ausmaß kultureller Differenzen* zu beforschen, gilt es die konkreten sozialen Verhältnisse, in denen *bestimmte Differenzen kulturalisiert und politisch aufgeladen* werden, zu benennen (vgl. Stolcke 1995).

In diesem Zusammenhang gilt es, biopolitische Regierungstechniken in ihren postkolonialen – und im deutschsprachigen Raum auch *postnationalsozialistischen*<sup>14</sup> – Kontinuitäten sichtbar zu machen, sowie die Zusammenhänge zwischen Integrations- und Multikulturalismuspolitiken mit Grenz- und Migrationsregimen aufzudecken. Im Gegensatz zu den vorherrschenden liberalen Multikulturalismustheorien, die auf einer starken Trennung von Kultur und Ökonomie beruhen, gilt es demnach auch die veränderten kapitalistischen Produktionsweisen in die Analyse multikultureller Politiken einzubeziehen. Somit kann, entgegen der vorherrschenden „Kulturalisierung des Sozialen“, die im Zuge des Neoliberalismus zu einer De-Thematisierung sozialer Ungleichheiten und verstärkten Kommodifizierung von Differenz geführt haben, die Ausbeutung der migrantischen Arbeitskraft sowie die internationale Arbeitseilung verstärkt in den Blick genommen werden (Türkmen 2010: 295).

Die kritische Analyse von explizit als „multikulturell“ ausgewiesenen Staatspolitiken (wie sie etwa in Kanada oder Australien jahrzehntelang herrschten)

---

14 Zur Adaption postkolonialer Ansätze im deutschsprachigen Raum und den Fragen, die sich dabei im Zusammenhang mit einer Geschichte von völkischem Rassismus, Antisemitismus und Nationalsozialismus ergeben, siehe Steyerl 2003.

zeigt, dass sich diese in ihren Ideologemen und sozialen Konsequenzen kaum von Zugängen des *Diversitätsmanagements* unterscheiden. Der populäre Abgesang auf „den alten Multikulturalismus“, mit seiner nunmehr problematisch erscheinenden Fokussierung auf die *Community*, und die Hinwendung zu Politiken des Diversitätsmanagements ermöglicht es aber, eine neue Migrationspolitik in neoliberale Strategien der individualisierenden Regierung von Differenz einzupassen (vgl. Engel 2009: 36). Diversitätsmanagement ruft die Migrant\_in als Akteur\_in mit ihren spezifischen Interessen und Eigenarten an, um sie dazu zu bringen, *das Beste aus sich zu machen*. Während *Differenz* dabei selektiv affirmativ besetzt und anerkannt werden kann, kommt es zu einer Normalisierung und Depolitisierung sozialer Widersprüche. Strukturelle Ausschlussmechanismen einer nationalstaatlich organisierten kapitalistischen, rassistischen, patriarchalen Gesellschaft bleiben von dieser Politik unangetastet. Gleichzeitig gelingt es den „westlichen“ liberaldemokratischen Gesellschaften sich durch die vorherrschenden multikulturellen bzw. Diversitätspolitiken weiterhin als Zentrum der Toleranz und des Humanismus zu positionieren und zu zelebrieren.

Wie wir zu zeigen versuchten, ermöglicht eine postkoloniale Perspektive einerseits die Verzahnung von dominanten multikulturellen Diversitätspolitiken mit gesamtgesellschaftlichen Herrschaftsverhältnissen sichtbar zu machen und andererseits eine antirassistische Kritik an Multikulturalismus und Diversität zu formulieren, die über gängige Positionen hinausgeht. Denn an Kritik an „dem Multikulturalismus“ mangelt es heute nicht. In öffentlichen Debatten wird „der Multikulturalismus“ weithin als „gescheitert“ angesehen, da er nicht die erwünschte soziale Kohäsion und Integration unterschiedlicher Kulturen herbeigeführt habe, sondern vielmehr zu deren Verfestigung in Parallelgesellschaften beigetragen habe. Vor diesem Hintergrund wird eine vermeintlich grassierende naive „Toleranz“ gegenüber fremden, archaischen Traditionen problematisiert und auf die Notwendigkeit hingewiesen, selbstbewusst Integrationsanstrengungen von den Migrant\_innen einzufordern. Während diese Argumentation heute vor allem in liberalen und konservativen Kreisen stark gemacht wird, wurden innerhalb der deutschen Linken bereits in den 1980er und 90er Jahren kritische Multikulturalismusedebatten geführt. Theoretiker\_innen wie etwa Frank-Olaf Radtke thematisierten bereits damals die „national konnotierten Multikulturalismusediskurse“ als Verschleierung globaler Herrschaftszusammenhänge (vgl. Radtke 1992). Während diese Kritik an kulturalisierenden Tendenzen multikultureller Diskurse und Politiken wichtig ist, erscheint sie uns vor dem Hintergrund der hier entwickelten postkolonialen Perspektive verkürzt.

In den vorherrschenden Debatten und Theorien wird Multikulturalismus zu meist als ein „Ding an sich“ verstanden, wodurch dessen politischer Charakter in seinen historischen und lokalen Artikulationen ausgeblendet wird. So be-

trachten seine Befürworter\_innen Multikulturalismus häufig als ein aus den USA oder Kanada importierbares Konzept, das in adaptierter Form auf Betriebe, Städte oder gar ganze Nationen übertragbar ist. Kritiker\_innen wiederum erscheint Multikulturalismus als inhärent rassistisch, als naive Utopie, oder zumindest als fehlerhaft bzw. verbesserungswürdig. Auf Basis postkolonialer Zugänge argumentieren wir demgegenüber für ein *relationales Verständnis* von Multikulturalismus. Damit kommen sowohl die Entstehungsbedingungen multikultureller Politiken als auch ihr stets umkämpfter (Herrschafts-)Charakter in den Blick. Die Formulierung der postkolonialen Feministin Himani Bannerji „We demanded some genuine reforms, some changes – some among us even demanded the end of racist capitalism – and instead we got multiculturalism“ (Bannerji 2000: 89), verweist auf zwei wesentliche Aspekte: Der kanadische Multikulturalismus hat sich – erstens – nicht im luftleeren Raum, sondern als eine Antwort auf soziale Kämpfe entwickelt, die – zweitens – auf herrschaftsstabilisierende Weise vereinnahmt wurden. Dabei handelte es sich nicht um einen einseitigen Kooptionsprozess, sondern auch um ein Zusammenspiel spezifischer politischer Forderungen „ethnischer“ Eliten mit multikulturellen Strategien des kanadischen Staates.

Im Sinne einer relationalen Perspektive kritisieren etwa Himani Bannerji (2000) und Uma Narayan (2000) multikulturelle Regierungsweisen dafür, dass sie Migrant\_innen politische Handlungsmacht lediglich über die Formierung von sich ethnisch-kulturell definierenden Gruppen zugesteht. Damit stützt diese Politik die konservativen (und maskulinistischen) Kräfte in den Migrant\_innencommunities und schwächt die Position von Migrant\_innen, deren politische Überzeugung, Lebensstil etc. nicht in das dominante Bild von „der Ausländerin“ oder „dem Ausländer“ passt. Projekte wie *interreligiöse* oder *interkulturelle Dialoge* müssen in so fern als Mittel der sozialen Befriedung bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung ethnisierender Grenzziehungen und Hierarchisierung erkannt und kritisiert werden.

Dennoch sind diese spezifischen Konfigurationen keineswegs stabil. Sie müssen eher als dynamische Aushandlungsprozesse betrachtet werden, in denen auch radikale Kräfte an Relevanz gewinnen können. Darin liegt mitunter auch das subversive Potential eines als gesellschaftliches Verhältnis gedachten Multikulturalismus. Das Herausstreichen des umkämpften Charakters der „multikulturellen Frage“ und damit auch von Kultur, soll darüber hinaus verdeutlichen, dass „Kultur“ als Teil einer umfassenden – antirassistischen, feministischen und antikapitalistischen – Gesellschaftskritik als Befreiungsstrategie wirken kann. Bei der Formulierung so einer alternativen Perspektive darf „Kultur“ nicht als lediglich ideologisches Trugbild abgetan werden. Viel eher geht es um die Entwicklung *alternativer Begriffe des Kulturellen*, die Kultur als verwoben mit politischen und ökonomischen Auseinandersetzungen erkennt, die auch Teil einer unabgeschlossenen (neo)kolonialen Geschichte sind.

Kultur wird dabei nicht als homogenisierender „Kitt“ der Gemeinschaft begriffen, sondern als umkämpft und inhärent widersprüchlich. So ein Verständnis kann schließlich das emanzipative Potential einer „Culture of Dissent“ (Mohanty 2003: 190) erörtern, die in (Alltags-)Erfahrungen begründet ist und sich in politischen Identitäten und Praktiken, die sich der staatlich *gemanagten* Version des Multikulturalismus entgegenzusetzen vermögen, ausdrücken.

Jenseits der *Kritik am Multikulturalismus* ermöglicht so eine Sicht die Frage nach alternativen, kritischen Multikulturalismuskonzepten aufzuwerfen und damit die multikulturelle Frage gleichsam mit Marx vom Kopf auf die Füße zu stellen. Sie also nicht vom liberaldemokratischen Nationalstaat aus zu denken, sondern von den Bedürfnissen und transnationalen Erfahrungswelten der Migrant\_innen und damit auch die sozialen Kämpfe und widerspenstigen Praktiken der Migration, die staatlichen Politiken ihrer Regulation sowie die internationalen Ausbeutungsverhältnisse in den Blick zu bekommen. Dies führt einerseits zur Kritik an einem Verständnis von Integration als notwendige Eingliederung der Migrant\_innen in eine nationale „Containergemeinschaft“ (vgl. Hess/Moser 2009: 19) – selbst dann, wenn diese als multikulturell imaginiert wird. Andererseits eröffnet dieser Zugang die Möglichkeit einen „Multikulturalismus von unten“ (Bannerji 2000: 17) zu formulieren, der Sexismus, Kapitalismus, Postkolonialismus und die damit in Verbindung stehenden Konjunkturen des Rassismus transparent macht.

## Literatur

- Abu-Laban, Yasmeen., Gabriel, Christina (2002): *Selling Diversity. Immigration, Multiculturalism, Employment Equity and Globalization*, New York.
- Ahmed, Sara (2000): *Strange encounters: Embodied Others in Post-Coloniality*, London.
- Amir-Moazami, Schirin (2009): Islam und Geschlecht unter liberal-säkularer Regierungsführung – Die Deutsche Islam Konferenz. In: Brunner, José und Lavi, Shai (Hg.): *Juden und Muslime in Deutschland. Recht, Religion, Identität*, Göttingen, 185-208.
- Balibar, Étienne (1992): Gibt es einen „Neo-Rassismus“? In: Balibar, Étienne, Wallerstein, Immanuel: *Rasse, Klasse, Nation. Ambivalente Identitäten*, Hamburg: 190-224.
- Bannerji, Himani (2000): *The Dark Side of the Nation. Essays on Multiculturalism, Nationalism and Gender*, Toronto.
- Benhabib, Seyla (2002): *Kulturelle Vielfalt und demokratische Gleichheit. Politische Partizipation im Zeitalter der Globalisierung*, Frankfurt.
- Bhambra Gurminder, K (2007): *Rethinking Modernity. Postcolonialism and the Sociological Imagination*, New York.
- Bojadžijev, Manuela (2008): *Die windige Internationale. Rassismus und Kämpfe der Migration*, Münster.
- Bojadžijev, Manuela und Karakayali, Serhat (2007): Autonomie der Migration. 10 Thesen zu einer Methode. In: Forschungsgruppe Transit Migration (Hg.): *Turbulente Ränder. Neue Perspektiven auf Migration an den Grenzen Europas*, Bielefeld: 203-209.
- Brown, Wendy (2006): *Regulating Aversion. Tolerance in the Age of Identity and Empire*, Princeton.
- Chakrabarty, Dipesh (2000): *Provincializing Europe. Postcolonial Thought and Historical Difference*, Princeton.

- Day, Richard J.F. (2002): *Multiculturalism and the History of Canadian Diversity*, Toronto.
- Engel, Antke (2009): *Bilder von Sexualität und Ökonomie. Queere kulturelle Politiken im Neoliberalismus*, Bielefeld.
- Erdem, Esra (2009): In der Falle einer Politik des Ressentiments. Feminismus und Anti-Islamismus. In: Hess, Sabine, Binder, Jana und Moser, Johannes (Hg.): *No integration?! Kulturwissenschaftliche Beiträge zur Integrationsdebatte in Europa*, Bielefeld: 187-206.
- Foucault, Michel (1992): *Was ist Kritik?*, Berlin.
- Ha, Kien Nghi (2003): Die kolonialen Muster deutscher Arbeitsmarktpolitik. In: Steyerl, Hito und Rodriguez, Encarnacion Gutierrez (Hg.): *Spricht die Subalterne Deutsch? Migration und postkoloniale Kritik*, Münster: 56-107.
- Ha, Kien Nghi und Schmitz, Markus (2006): Der nationalpädagogische Impetus der deutschen Integrations(dis)kurse im Spiegel post-/kolonialer Kritik. In: Mecheril, Paul (Hg.): *Cultural Studies und Pädagogik. Kritische Artikulationen*, Bielefeld, 225-262.
- Hall, Stuart (2004): Die Frage des Multikulturalismus. In: Hall, Stuart: *Ideologie. Identität, Repräsentation*. Ausgewählte Schriften 4, Hamburg, 188-227.
- Hess, Sabine und Moser, Johannes (2009): Jenseits der Integration. Kulturwissenschaftliche Betrachtungen einer Debatte. In: Hess, Sabine, Binder und Jana, Moser, Johannes (Hg.): *No integration?! Kulturwissenschaftliche Beiträge zur Integrationsdebatte in Europa*, Bielefeld: 11-26.
- Informationsstelle Militarisierung (Hg.) (2009): *Frontex – Widersprüche im erweiterten Grenzraum*, Materialien gegen Krieg, Repression und für andere Verhältnisse Nr. 7.
- Joppke, Christian (2004): *The retreat of multiculturalism in the liberal state: theory and policy*, British Journal of Sociology, 55 (2): 237-257.
- Knaut, Andrea (2009): Europäische "Biometrie-Strategien". Die Automatisierung von Personenidentifizierung an der Grenze und die damit einhergehenden kontrollpolitischen Veränderungen, *Kulturrisse - Zeitschrift für radikaldemokratische Kulturpolitik*, 01/09: 20-23.
- Kymlicka, Will (1995): *Multicultural Citizenship. A Liberal Theory of Minority Rights*, Oxford, New York.
- (1989): *Liberalism, Community and Culture*, Oxford.
- Lanz, Stephan (2007): *Berlin aufgemischt: abendländisch - multikulturell - kosmopolitisch? Die politische Konstruktion einer Einwanderungsstadt*, Bielefeld.
- McClintock, Anne (1995): *Imperial Leather. Race, Gender, and Sexuality in the Colonial Contest*, New York.
- Mohanty, Chandra T. (2003): *Feminism without Borders. Decolonizing Theory, Practicing Solidarity*, London.
- Narayan, Uma (2000): Undoing the "Package Picture" of Cultures, *Signs: Journal of Women in Culture and Society*, 25 (4): 1083-1086.
- Okin, Susan M. (1999): Is Multiculturalism Bad for Women?, In: Cohen, Joshua, Howard, Matthew und Nussbaum, Martha C. (Hg.): *Is Multiculturalism Bad for Women?*, Princeton: 7-24.
- Petzen, Jennifer (2004): Wer liegt oben? Türkische und Deutsche Maskulinitäten in der Deutschen schulischen Szene. In: Ifade (Hg.): *Insider - Outsider. Bilder ethnisierter Räume und Partizipation im Migrationsprozess*, Bielefeld: 161-181.
- Phillips, Anne (2008): Geschlecht versus Kultur? RichterInnen, DemokratInnen und politische AktivistInnen. In: Sauer, Birgit und Strasser, Sabine (Hg.): *Zwangsfreiheiten: Multikulturalität und Feminismus*, Wien: 237-257.
- (2007): *Multiculturalism without Culture*, Princeton.
- Radtke, Frank-Olaf (1992): Die Konstruktion des Fremden im Diskurs des Multikulturalismus. In: Kürsat-Ahlers, Elcin (Hg.): *Die multikulturelle Gesellschaft: Der Weg zur Gleichstellung?*, Frankfurt am Main.
- Rao, Govind (1999): *Canadian Dualism „Less Recent“ Immigrants versus „More Recent“ Immigrants*, Unveröffentlichtes Paper, Toronto.
- Razack, Sherene (2004): Imperilled Muslim Women, Dangerous Muslim Men and Civilized Europeans: Legal and Social Responses to Forced Marriages, *Feminist Legal Studies*, 12: 129-174.

- Reuter, Julia und Villa, Paula-Irene (2010): Provincializing Soziologie. Postkoloniale Theorie als Herausforderung. In: Reuter, Julia und Villa, Paula-Irene (Hg.): *Postkoloniale Soziologie. Empirische Befunde, theoretische Anschlüsse, politische Intervention*, Bielefeld: 11-46.
- Scheibelhofer, Paul (2008): Die Lokalisierung des Globalen Patriarchen: Zur diskursiven Produktion des „türkisch-muslimischen Mannes“ in Deutschland. In: Potts, Lydia und Kühnemund, Jan (Hg.): *Mann wird Man. Geschlechtliche Identitäten im Spannungsfeld von Migration und Islam*, Bielefeld, 39-52.
- Shachar, Ayelet (2007): „Feminism and multiculturalism: mapping the terrain“. In: Laden, Anthony und Owen, David (Hg.): *Multiculturalism and Political Theory*, Cambridge: 115-147.
- Spivak, Gayatri C. (2008 [englispr. Orig. 1988]): *Can the Subaltern Speak? Postkolonialität und subalterne Artikulation*, Wien.
- Steyerl, Hito (2003): Postkolonialismus und Biopolitik. In: Steyerl, Hito und Rodriguez, Encarnacion Gutierrez (Hg.): *Spricht die Subalterne Deutsch? Migration und postkoloniale Kritik*, Münster: 38-55.
- Stolcke, Verena (1995): Talking Culture: New Boundaries, New Rhetorics of Exclusion in Europe, *Current Anthropology*, 36 (1): 1-24.
- Taylor, Charles (1995): *Das Unbehagen der Moderne*, Frankfurt am Main.
- (1993): Multikulturalismus und die Politik der Anerkennung. In Taylor, Charles: *Multikulturalismus und die Politik der Anerkennung. Mit Kommentaren von Amy Gutmann* (Hg), Steven Rockefeller, Michael Walzer und Susan Wolf, Frankfurt am Main.
- Türkmen, Ceren (2010): Subalternität, Differenz und Ethnisierung - Problematiken Postkolonialer Theorie im Kontext politischer Transformation. In: Reuter, Julia und Villa, Paula-Irene (Hg.): *Postkoloniale Soziologie. Empirische Befunde, theoretische Anschlüsse, politische Intervention*, Bielefeld: 303-330.
- Žižek, Slavoj (2001): *Ein Plädoyer für die Intoleranz*, Wien.
- zur Nieden, Birgit (2009): „... und deutsch ist wichtig für die Sicherheit!“ Eine kleine Genealogie des Spracherwerbs Deutsch in der BRD. In: Hess, Sabine, Binder, Jana, Moser, Johannes (Hg.): *No integration?! Kulturwissenschaftliche Beiträge zur Integrationsdebatte in Europa*, Bielefeld: 123-139.